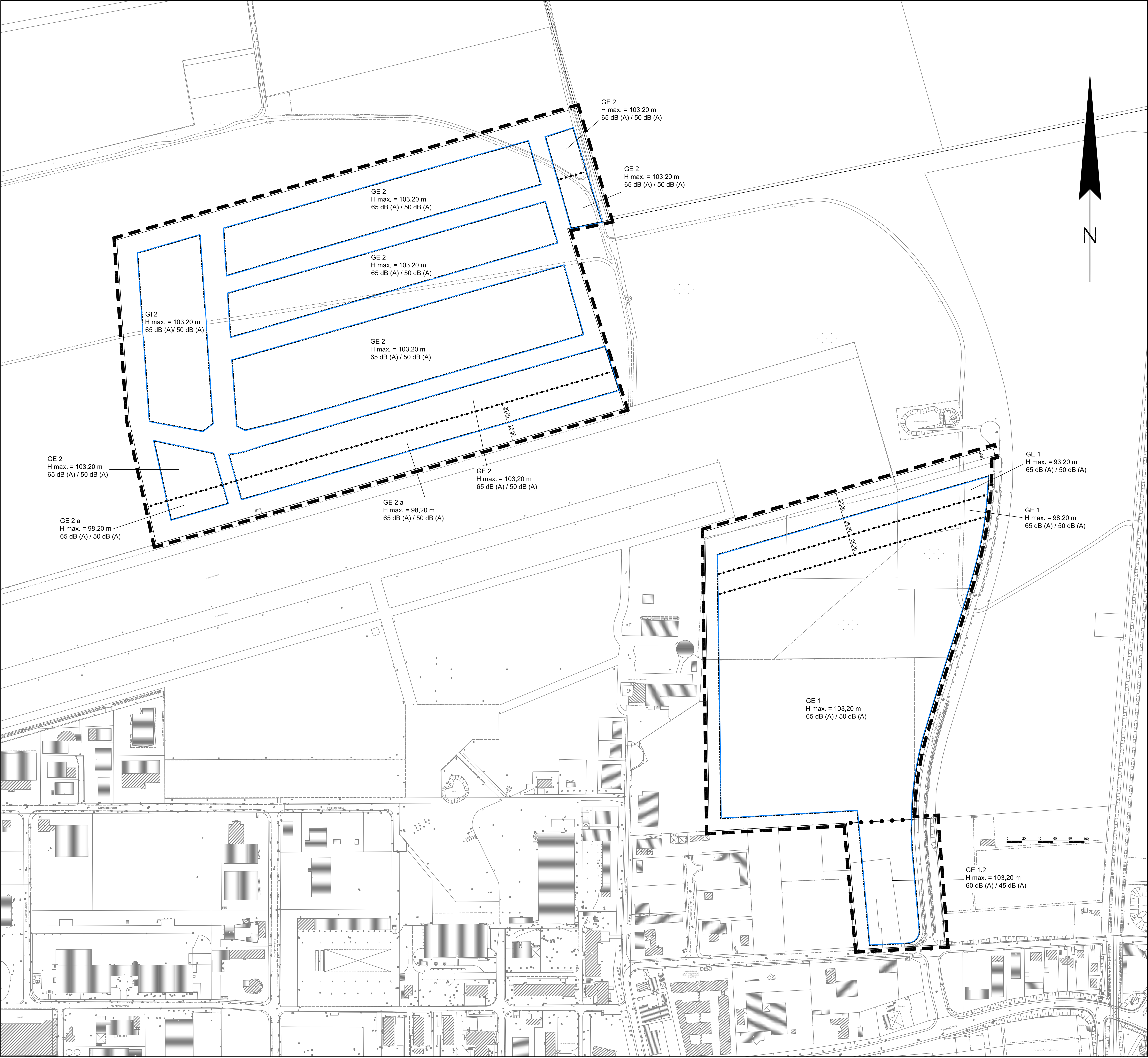


Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 17.05.2011).	Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.  Hildesheim, den 18.05.2011..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung	Die Aufstellung dieses Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am 23.05.2011 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde von der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erläuterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom ..... bis ..... Gleichzeitig bestand die ..... Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.  Hildesheim, den 30.08.2011..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  gez. Warnecke	Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplans hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 02.05.2011..... zugestimmt und die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.  Hildesheim, den 30.06.2011..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  gez. Warnecke	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 24.05.2011..... bis 25.06.2011..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am 14.05.2011..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.  Hildesheim, den 30.06.2011..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  gez. Warnecke	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..... bis ..... erneut zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen. Die Auslegung ist am ..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.  Hildesheim, den ..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  .....	Der Entwurf dieses Bebauungsplans wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB geändert. Dem Betroffenen wurde in der Zeit vom ..... bis ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.  Hildesheim, den ..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  .....	Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 03.09.2011..... als Sitzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.  Hildesheim, den 03.09.2011.....  gez. Machens Oberbürgermeister (L.S.)	Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am 14.03.2011..... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 14.03.2011..... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.  Hildesheim, den 20.09.2011..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  gez. Warnecke	Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans nach Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.  Hildesheim, den ..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage  .....
---	--	---	--	--	--	--	--	---	--



### Planzeichenerklärung

**1. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)**

Baugrenze  
Die Baugrenzen sind nachrichtlich aus dem Ursprungsplan HN 292 übernommen und dienen lediglich der Orientierung.

**2. Sonstige Planzeichen**

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

### Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509)
- Die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Oktober 2010 (Nds. GVBl. S. 462).

### Textliche Festsetzung

1. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans HN 292 "Nordöstlich des Landeplatzes" betrifft die in der Planzeichnung dargestellten Baugebiete.

2. Die bestehenden Vorschriften des Ursprungsplanes bleiben erhalten, soweit sie nicht durch 3.1. und 3.2. und die Inhalte des Planzeichnung der 1. Änderung geändert werden.

3.

3.1 Die textliche Festsetzung Nr. 1 des Ursprungsplanes wird wie folgt geändert und die dort bisher getroffenen Festsetzungen aufgehoben.

In den GE 1, GE 2 und GI 2 gekennzeichneten Gewerbe- und Industriegebieten sind nur Anlagen und Betriebe zulässig, deren Schalleistung einen flächenbezogenen Schallleistungspegel (L<sub>W</sub>)

- von 65 dB(A) tags (zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr) und
- von 50 dB(A) nachts (zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr)

je Quadratmeter Grundstücksfläche nicht überschreitet.

In dem mit GE 1.2 gekennzeichneten Gewerbegebiet sind nur Anlagen und Betriebe zulässig, deren Schalleistung einen flächenbezogenen Schallleistungspegel (L<sub>W</sub>)

- von 60 dB(A) tags (zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr) und
- von 45 dB(A) nachts (zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr)

je Quadratmeter Grundstücksfläche nicht überschreitet.

Schallpegelminderungen, die im konkreten Einzelfall durch Umverteilung der flächenbezogenen Schalleistungen vorgenommen werden, bedürfen des Nachweises, dass keine Verschlechterung der Immissionssituation eintritt.

Die Prüfung der Einhaltung der oben festgesetzten Geräuschkontingente erfolgt durch folgende Schritte:

- Ermittlung der Geräuschimmissionskontingente für die Betriebsfläche an maßgeblichen Immissionsorten durch Ausbreitungsrechnung gemäß DIN ISO 9613-2 mit h= 1 m, h= 5,6 und C<sub>max</sub> = 0 db (Mitwindssituation).
- Nachweis der Einhaltung der für die Betriebsfläche ermittelten Geräuschimmissionskontingente durch eine Geräuschprognose des geplanten Betriebes nach der TA Lärm.

(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m § 1 (4) BauNVO)

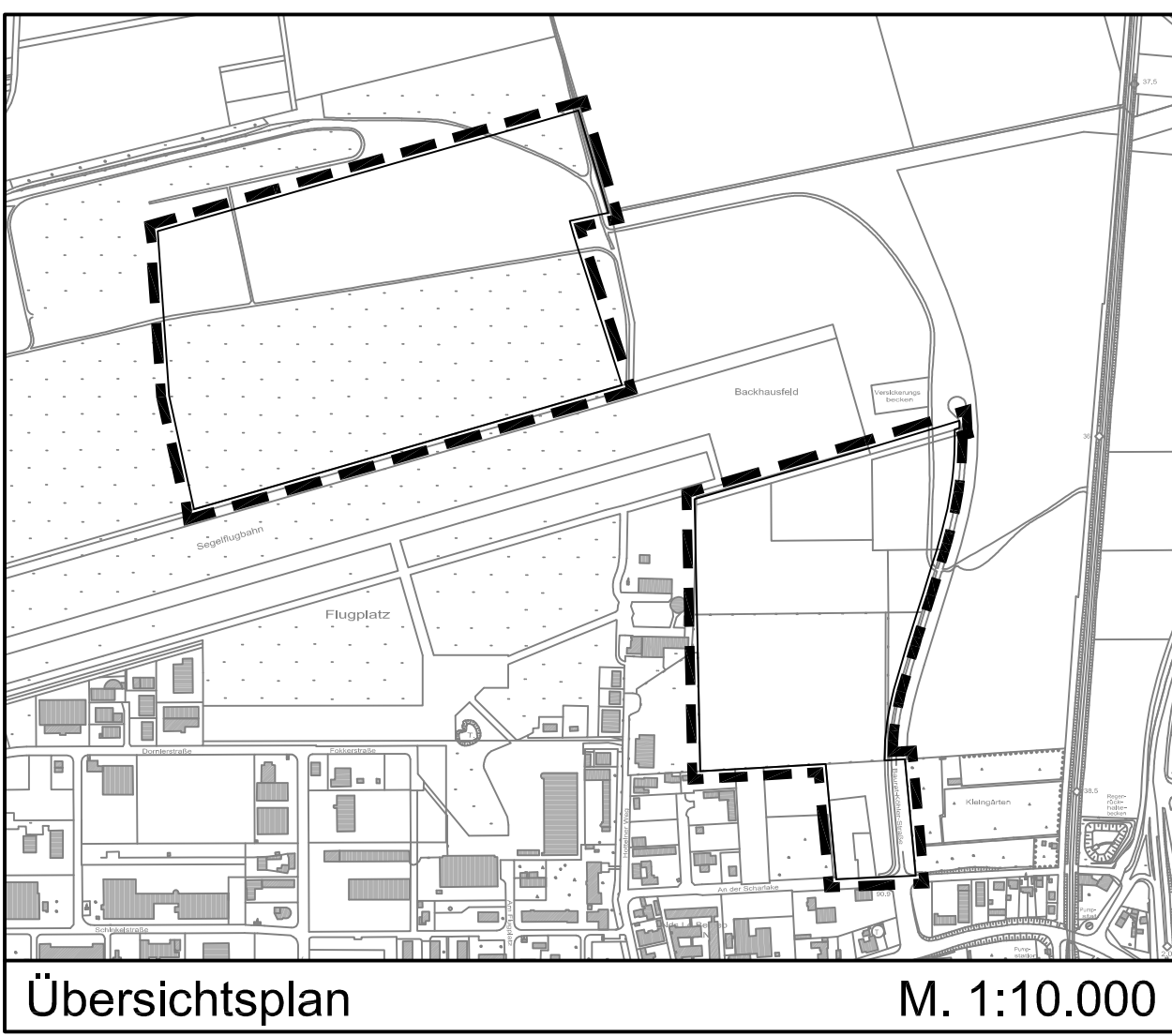
3.2 Die textliche Festsetzung Nr. 5 des Ursprungsplanes wird wie folgt geändert und die dort bisher getroffenen Festsetzungen aufgehoben

"Die festgesetzten max. zulässigen Höhen baulicher Anlagen beziehen sich auf die Höhe in Meter ü. NN der obersten Gebäudekante (First, Attika) und gelten auch für Werbeanlagen."

(§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m § 16 (2) Nr. 4 BauGBNVO)

### Hinweise

Geändert zum Ursprungsplan werden in Teilen die Abgrenzung der unterschiedlichen Nutzungsbereiche, die zulässigen Höhen baulicher Anlagen und die zulässigen flächenbezogenen Schallleistungspegel innerhalb der Gewerbe- und Industriegebiete.



## Stadt Hildesheim

### 1. Änderung des Bebauungsplan HN/DR 292 " Nordöstlich des Landeplatzes "

Maßstab 1:2000 07/2011